

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Rates

vom:	28.06.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.42 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I, Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender w. TOP 6 öff. Teil
Stv Bertelmann, Hans-Günter - bis TOP 2 nichtöff. Teil
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta - bis Ende TOP 7 öff. Teil
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Krombach, Ulrich
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Manfred

Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Dr. Schultze, Reinhold
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Schütz, Marianne
Stv Siebel, Helmut - bis w. TOP 13 öff. Teil
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Fischer - Planungsbüro Fischer + Ante - zu TOP 13
Herr Ante - Planungsbüro Fischer + Ante - zu TOP 13

III. Vom Personalrat:

StAl Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. OVR Kühn
Städt. OVR Lehmann

Dipl.-Ing. Wagener
StAR Dorsch
VA Schneider
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
StOI Bode
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Müller, Heinz

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 3.1 und 15.2 erweitert.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Nauck bestimmt.

10. Rat 28.06.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.05.2000

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass auch bei als Anlage beigefügten Antworten auf Anfragen darauf zu achten ist, dass nicht die STATT-Partei anfrageberechtigt ist, sondern der Stv Morgenschweis.

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

10. Rat 28.06.2000

3. Fragestunde

3.1 Beschwerden der Anwohner „Höllenwaldstraße“

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 18.06.2000

Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

10. Rat 28.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Eingruppierung von Angestellten / Tätigkeitsbeschreibung

Antrag der UWG-Fraktion vom 25.05.2000

Herr Lehmann erläutert, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag offensichtlich um eine Fehlinterpretation seiner Aussagen in der letzten Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung handelt. Die Stadt Siegen wendet das KGST-Mustergutachten grundsätzlich dann an, wenn zum Gutachten vergleichbare Beamtenstellen zur Bewertung vorliegen.

Die Bewertung von Angestellten- und Arbeiterstellen im öffentlichen Dienst richtet sich nach den hierfür geltenden Tarifverträgen. Regelmäßig liegen den Bewertungen im Vorfeld erstellte Stellenbeschreibungen zugrunde. Für die angesprochenen Angestelltenbewertungen werden die einzelnen Arbeitsvorgänge bewertet und einer Gesamtbewertung der Stelle entsprechend den Bestimmungen des BAT, insbesondere des § 22, bei Beachtung der ergangenen Rechtsprechung zugeführt.

Diese aktualisierte Stellenbeschreibung und -bewertung dient dann als Grundlage für das weitere Verfahren. Dabei werden der Personalrat und die Gleichstellungsstelle im Rahmen der gesetzlichen Mitbestimmungsrechte nach dem LPVG und ggf. die Bewertungskommission beteiligt.

Somit ist festzustellen, dass bei Höhergruppierungsmaßnahmen und Änderungen der Stellenwerte im Stellenplan i. d. R. die Stellenbewertungskommission bzw. im Beteiligungsverfahren nach dem LPVG der Personalrat involviert sind und, wie oben dargelegt, aktualisierte Stellenbeschreibung und Stellenbewertung als Grundlage dienen.

Aufgrund der Arbeits- bzw. Zeitintensität bittet er, von einer Beschlussfassung im Sinne des Antrages abzusehen.

Herr Bertelmann verweist auf die in den letzten Jahren für alle Beteiligten un-schönen Diskussionen und Nachfragen bei Höhergruppierungen. Es ist das Anliegen der UWG-Fraktion, auf Basis nachvollziehbarer Aussagen künftig solche Debatten zu vermeiden.

Herr Schneider ist der Meinung, dass der Personalrat, der auch in der Bewertungs-kommission vertreten ist, kompetent genug ist, die Sachverhalte zu beurteilen. Der Rat sollte davon Abstand nehmen, in diese Prozesse einzugreifen. Er fordert die UWG-Fraktion auf, den Antrag zurückzunehmen.

Herr Bertelmann legt Wert darauf, dass künftig bei Umsetzungen bzw. organisato-rischen Veränderungen die Stellen neu bewertet werden. Aus seiner Sicht sind die zeitlichen Vorgaben noch verhandelbar.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. bei zukünftigen Höhergruppierungsmaßnahmen und Änderung der Stellen-werte konkrete an den tatsächlichen Aufgaben und Tätigkeiten orientierte Tätigkeitsbeschreibungen und -bewertungen vorzunehmen;
2. alle noch nicht nach dem durch den BAT vorgegebene Verfahren beschriebene Stellen sind in einem Zeitraum von 3 Jahren zu beschreiben und zu bewerten;
3. der Personalausschuss ist einmal jährlich über das Veranlasste und den Um-setzungsstand zu unterrichten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

10. Rat 28.06.2000

4.2 Pflasterschäden im Innenhof des Unteren Schlosses

Antrag der UWG-Fraktion vom 09.6.2000

Herr Brune erläutert, dass ein Generalunternehmer mit der Ausführung beauftragt wurde. Bei der Abnahme wurden Mängel gerügt und teilweise beseitigt. Der Bau-ausschuss wurde über die Gewährleistungsschäden unterrichtet und darauf hingewiesen, dass die Beseitigung der Schäden über eine Bürgschaft gesichert wurde. Eine Schadensbehebung ist aus Sicht der Verwaltung zur Zeit aufgrund der auf dem Hof stattfindenden Veranstaltungen und der Baustelle im Bereich des Alten Tele-graphenamtes nicht sinnvoll, wird aber zu gegebener Zeit vorgenommen.

Herr Siebel hält fest, dass die Flächen und die Schäden größer sind, als von der Verwaltung dargestellt. Eine Schadensbehebung zum Ende der Gewährleistungs-frist hält er für sinnvoll, gibt aber zu bedenken, ob die Höhe der Bürgschaft ausrei-chend bemessen ist. Er legt Wert darauf, dass die einzelnen Zuständigkeiten bei der Abwicklung der Maßnahme genau geklärt werden.

Herr Boller hält es für richtig, dass sich der Rat mit diesem Thema befasst. Die Schadensbehebung sollte nicht unmittelbar vor Ende der Gewährleistungsfrist erfolgen, um ggf. erneute Fehler rechtzeitig erkennen und Nachbesserungen einfordern zu können.

Herr Schneider spricht sich dafür aus, das Rechnungsprüfungsamt mit der Untersuchung des Sachverhaltes zu beauftragen und das Ergebnis im Bau-ausschuss zu beraten.

Auch Herr Mues hält eine fachliche Beratung im Bauausschuss für angebracht.
Er gibt zu bedenken, dass eine Reparatur am Ende der Gewährleistungsfrist neue Probleme nach sich ziehen könnte.

Beschluss:

1. Die Bauverwaltung wird aufgefordert, eine exakte Schadensermittlung für die gesamte gepflasterte Hofinnenfläche durchzuführen, eine konkrete Kosten-schätzung für die Beseitigung der Schäden vorzunehmen und dies dem Rat in der Augusstsitzung vorzulegen.
2. Vor dem Hintergrund möglicher Schadensersatzforderungen wird die Bauverwaltung aufgefordert darzulegen, inwieweit die Schäden
 - a) durch mangelhaftes Material,
 - b) durch fehlerhafte Verarbeitung,
 - c) durch mangelhafte Bauaufsicht verursacht wurden.
3. Nach Kenntnisstand der UWG-Fraktion hat die Herstellerfirma der Grauwacke-platten bereits im Vorfeld zur Vermeidung von Bruchschäden auf eine Mindest-fugenbreite von 5 - 10 mm hingewiesen. Da dieser Verlegehinweis nicht an allen Stellen eingehalten wurde, wird gebeten dem Rat mitzuteilen, wer der verantwortliche Bauleiter dieser Maßnahme war und ob diese Mängel bei der Bauabnahme protokolliert wurden.
4. Der Rat beschließt, dass das Rechnungsprüfungsamt die vorgelegten Ergeb-nisse der Bauverwaltung auf Schlüssigkeit überprüft und dem Rat berichtet, wer und in welchem Umfang für die aufgetretenen Schäden verantwortlich und ggf. haftbar zu machen ist.
5. Der Rat beschließt
 - die Kenntnisnahme der zuvor genannten Feststellungen,
 - die Schäden umgehend beseitigen zu lassen und
 - nicht bis zum Ablauf der Gewährleistungszeit zu warten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)

10. Rat 28.06.2000

4.3 Neubau der Hindenburgbrücke

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.06.2000

Herr Boller führt aus, dass der Neubau in den Ausschüssen ausschließlich unter technischen und verkehrlichen Gesichtspunkten beraten und der Aspekt der Ge-staltung vernachlässigt wurde. Wenn es jedoch zu einem Abriss der Siegplatte kommen sollte, erhält das Brückenbauwerk eine wichtige optische Funktion.

Herr Mues sieht keine Notwendigkeit, dem Antrag zu folgen. Vielmehr sollte die Maßnahme schnellstmöglich umgesetzt werden.

Herr Morgenschweis befürwortet den Vorschlag, mit dem eine städtebauliche Aufwertung des Bereiches erreicht werden kann.

Herr Bürgermeister Stötzel sieht es als Geschäft der laufenden Verwaltung, dass auch optische Aspekte z. B. bei der Auswahl des Belages berücksichtigt werden.

Herr Schneider weist darauf hin, dass die Bauarbeiten bereits begonnen hätten, wenn sich der Bauausschuss zur Vermeidung einer Winterbaustelle nicht auf eine Verschiebung der Ausführungsfrist verständigt hätte. Ein Zeitverzug muss verhindert werden.

Herr Reitz hält es für möglich, die Gestaltung der Brücke in die Ausschreibung einzubeziehen und nach Vorliegen des Ergebnisses den Beirat für Stadtgestaltung zu beteiligen. Damit wäre ein Zeitverzug nicht gegeben.

Herr Boller gibt zu bedenken, dass bei einer öffentlichen Ausschreibung das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhält und erfahrungsgemäß gestalterische Maßnahmen höhere Kosten mit sich bringen.

Herr Bertelmann begrüßt den Vorschlag von Herrn Reitz, wenn dieser ohne zeitliche Beeinträchtigung des Verfahrens realisierbar ist.

Herr Groß stimmt dem Vorschlag von Herrn Reitz ebenfalls zu.

Beschlussvorschlag (gem. Antrag):

In der weiteren Planung für den Neubau der Hindenburgbrücke wird der baulichen Gestaltung ein höherer Rang eingeräumt.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, Vorschläge zur Gestaltung der neuen Hindenburgbrücke zu entwickeln und diese dem Beirat für Stadtgestaltung und em

Bauausschuss zur Beratung sowie dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Die Ausschreibung für den Bau der Brücke erfolgt erst nach der endgültigen Entscheidung über die Gestaltung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (8 Stimmen dafür, 1 Enthaltung)

10. Rat 28.06.2000

5. Machbarkeitsstudie „Regionaltheater Siegen“ (Apollo-Theater)

Vorlagenr. 537/00 - Vorlage vom 16.06.2000

Herr Bürgermeister Stötzel weist auf die Informationsveranstaltung im Vorfeld der Sitzung und die dort ausgehändigte und erläuterte Machbarkeitsstudie hin. Die Verwaltung schlägt zum Verfahren vor, diese zunächst zur Kenntnis zu nehmen und zur Detailberatung an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

Gegen den Verfahrensvorschlag werden keine Einwände erhoben.

Herr Groß nimmt Bezug auf die Verwaltungsvorlage und bittet um Auskünfte zur Landesförderung, zum Stand der Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der finanziellen Absicherung der durch die Bürgerschaft signalisierten Beteiligung.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Mues mit Hinweis auf die soeben akzeptierte Verfahrensweise zur weiteren Beratung Übergang zur Tagesordnung.

Herr Groß spricht dagegen, da sich seine Fragen nicht auf die Machbarkeitsstudie, sondern auf die Verwaltungsvorlage beziehen.

Auf der Rednerliste ist noch Herr Morgenschweis notiert.

Der Rat der Stadt Siegen stimmt mit 12 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zu.

10. Rat 28.06.2000

6. Unterstützung des Appells an die Ministerpräsidenten der Bundesländer; Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten

Vorlagenr. 525/00 - Vorlage vom 14.06.2000

Herr Mues ist der Meinung, dass sich der Rat grundsätzlich nicht mit in die Zuständigkeit des Landes oder des Bundes fallenden Fragen befassen sollte.

Herr Krombach wirbt für die Unterstützung des Anliegens, dem auch andere Kommunalparlamente und Politiker bereits gefolgt sind.

Herr Dr. Schultze vertritt die Auffassung, dass es jedem Einzelnen unbenommen bleibt, dem Anliegen beizupflichten. Der Rat als Gremium sollte jedoch von einer Beschlussfassung absehen.

Herr Bertelmann regt an, eine Unterschriftenliste vorzubereiten und die Entscheidung über eine Unterstützung jedem Einzelnen zu überlassen. Er gibt zu bedenken, dass ein negativer formaler Beschluss unabhängig von der inhaltlichen Beurteilung einen falschen Eindruck erwecken könnte.

Herr Groß macht deutlich, dass sich der Ausländerbeirat der Stadt Siegen des Themas angenommen hat in der Hoffnung, dass ein positives Votum bei der örtlichen Ausländerbehörde in der Ermessensabwägung Berücksichtigung findet.

Herr Kirchhöfer geht davon aus, dass verwaltungsseitig keine Bedenken gegen eine Beschlussfassung bestehen, da diese den Vorschlag unterbreitet hat.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen unterstützt den der Vorlage als Anlage beigefügten interfraktionellen Appell der Bundestagsabgeordneten an die Innenminister der Länder.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (23 Stimmen dafür, 1 Enthaltung)

10. Rat 28.06.2000

7. Künftige Nutzung des ehemaligen Wohnheimes für Offiziere (Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)

Vorlagennr. 445/00 und 445/00 A - Vorlagen vom 15.05. und 07.06.2000

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2000

Herr Kirchhöfer weist eingangs darauf hin, dass in der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses in der zweiten Passage der Hinweis auf ein schlüssiges Finanzierungskonzept fehlt. Er legt größten Wert darauf, dass diese Formulierung bei der Beschlussfassung durch den Rat berücksichtigt wird.

Herr Dr. Rohr führt zum Sachverhalt aus, dass zum 01.08.2001 nach Auslaufen einer Notgruppe 144 Kindergartenplätze im Bereich Achenbach vakant sein werden. Ein Zuwendungsbescheid für die Errichtung einer neuen Kindertageseinrichtung liegt vor. Konkret bedeutet dies, dass entweder im Objekt K 52 eine Kindertageseinrichtung zu diesem Zeitpunkt in Betrieb genommen oder der Anspruch auf einen Kindergartenplatz nur durch Verteilung der Kinder auf verschiedene Einrichtungen im Stadtgebiet erfüllt werden kann. Die Kosten für einen Neubau betragen rd. 1,5 Mio. DM. Das Konzept für das Objekt K 52 ist jedoch ohne eine Kindertageseinrichtung nicht tragfähig.

Bezug nehmend auf den zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.200 vorgelegten Antrag der F.D.P.-Fraktion erläutert er, dass zusätzliche, über den schulischen Bedarf hinausgehende Gebäude auf dem Grundstück der Hauptschule Achenbach nicht untergebracht werden können. Die Errichtung von Räumlichkeiten für eine außerschulische Nutzung ist mit rd. 1,4 Mio. DM zu veranschlagen. Eine Mischnutzung ist bei allen Beteiligten auf Kritik gestoßen, da diese seitens des Zuschussgebers nicht genehmigungsfähig ist, Reibungsverluste und Spannungen in der täglichen Arbeit befürchtet werden und unter dem zeitlichen Gesichtspunkt mit einem Anbau an die Hauptschule erst im Jahr 2004 gerechnet werden kann.

Im Hinblick auf die Baukosten wurden die Eigenleistungen durch die Abteilung Hochbau in Gewerkelisten gegliedert und mit einem Kostenanteil von rd. 180.000 DM beziffert. Eine weitere Kostensenkung kann seines Erachtens durch die Einbindung der „Neue Arbeit Siegerland“, der Senkung von Standards und der zeitlichen Entzerrung der einzelnen Bauabschnitte erreicht werden.

Zu einer möglichen Förderung aus dem Landesprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ist zu berichten, dass beim zuständigen Ministerium in einem Gespräch am 17.08.2000 alle Städtebauförderungsmaßnahmen der Stadt Siegen erörtert und seitens der Stadt Prioritäten genannt werden sollen.

Frau Sintzen hat den Eindruck, dass der Handlungsbedarf unbestritten ist. Sie weist darauf hin, dass in den letzten Jahren viele Familien mit Kindern und Jugendlichen auf den Heidenberg gezogen sind, die in ihrer Erziehungs- und Betreuungsaufgabe der Unterstützung bedürfen. Hier ist der Rat gefordert, einen Rahmen zu schaffen, um den Problemen zu begegnen und sie zu vermindern. Im Objekt K 52 können neben der Kindertageseinrichtung viele unterstützende Einrichtungen untergebracht

werden, die an anderer Stelle nicht oder nur mit höherem Kostenaufwand möglich sind. Das bürgerschaftliche Engagement zeigt, dass die Bevölkerung auf dem Heidenberg bereit ist, ihren Beitrag zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu leisten. Sie geht davon aus, dass sich auch der Rat der Stadt Siegen seiner sozialen Verantwortung bewusst ist und appelliert, einen positiven Beschluss zu fassen. Die Verwaltung sollte darüber hinaus aufgefordert werden, den Erwerb des Gebäudes K 52 vorzubereiten.

Herr Kleine hält eine vorausschauende Planung für erforderlich, um langfristig die Sozialkosten zu senken.

Herr Rujanski weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss einstimmig unter dem Vorbehalt einer schlüssigen Finanzierung die Konzeption begrüßt hat. Entsprechende Hinweise wurden zwar verwaltungsseitig vorgetragen, sind aber im Detail und im Gesamtzusammenhang nicht nachvollziehbar.

Die SPD-Fraktion ist sich des Handlungsbedarfs bewusst und bereit, sich der besonderen Situation auf dem Heidenberg zu stellen. Dafür sind folgende Punkte zu klären:

- Einsatz der Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten zur Refinanzierung
- Ermittlung der Betriebskosten für die komplementären Angebote
- Einsatz einer Controllerstelle zur Refinanzierung
- Erfolgsaussichten zu einer Förderung aus dem Landesprogramm

Er betont, dass die SPD-Fraktion das Projekt grundsätzlich unterstützt. Angesichts der ungeklärten Finanzierungsfragen ist die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt nicht entscheidungsreif. Daher wird sich seine SPD-Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

In diesem Zusammenhang erinnert er an die Diskussion über die Errichtung des Jugendtreffs auf dem Bertramsplatz und die vor allem von der CDU-Fraktion ge-forderte detaillierte Darstellung der Finanzierung.

Herr Dr. Schultze führt aus, dass eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur zur Minderung der Probleme im Wohngebiet Heidenberg notwendig ist. Der Kämmerer hat in seiner Stellungnahme in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich die Schwierigkeiten aufgezeigt. Er ist enttäuscht, dass angesichts der ungeklärten Finanzierungsfragen seitens der Fachverwaltung keine alternativen Möglichkeiten aufgezeigt werden. Die F.D.P.-Fraktion hat dazu Hinweise gegeben, die verwaltungsseitig zunächst als nicht realisierbar bewertet werden. Seine Erfahrung zeigt jedoch, dass bei genauer Betrachtung im Nachhinein dennoch andere Lösungen möglich sind. Im Hinblick auf eine wirtschaftliche und effektive Verwendung von Zuschussmitteln durch eine multifunktionelle Nutzung von Räumen sollte dementsprechend Zuschussgeber eingewirkt werden, zumal Investitionskosten für eine Erweiterung der Hauptschule Achenbach ohnehin anfallen werden. Die Errichtung einer Kindertageseinrichtung ist seines Erachtens in einem Gebäude an der Fortunastraße / Ecke Achenbacher Straße möglich.

Abschließend hält er fest, dass die F.D.P.-Fraktion dem Beschlussvorschlag aufgrund des fehlenden Finanzierungskonzeptes nicht folgen wird.

Herr Bürgermeister Stötzel hält fest, dass außer einer Erweiterung der Hauptschule auf dem Grundstück keine weiteren Gebäude untergebracht werden können. Im Objekt K 52 wird das Erdgeschoss und eine Hälfte des ersten Obergeschosses für die Kindertageseinrichtung benötigt. In der anderen Hälfte könnten zunächst, wenn die Finanzierung nicht in der dargestellten Form möglich sein sollte, mit geringen Mitteln nach und nach die weiteren Einrichtungen untergebracht werden.

Frau Tielsch erklärt, dass sie grundsätzlich die Konzeption und das ehrenamtliche Engagement begrüßt. Sie wird sich jedoch der Stimme enthalten, da sie den Einsatz der Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten zur Refinanzierung ablehnt. Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist ihres Erachtens für die gesamte Stadt Siegen zu wichtig, als sie diesem Projekt zu opfern.

Herr Groß verweist auf die Diskussionen in den beteiligten Ausschüssen, die übereinstimmend den Bedarf bestätigt und eine Umsetzung des Konzeptes zum Ergebnis haben. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieses Projekt auf dem Heidenberg unverzichtbar und in seiner Konzeption - mit Ausnahme der Einsparung der Stelle des/der Kinder- und Jugendbeauftragten - akzeptabel. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Projekt entscheidungsreif und -fähig. Er fordert, zunächst den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung zu stellen, da die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zu einer Verzögerung bei der Umsetzung führt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Bertelmann „Ende der Rednerliste“.

Auf der Rednerliste sind noch die Herren Mues, Siebel und Rujanski notiert.

Der Rat der Stadt Siegen stimmt einstimmig dem Antrag auf „Ende der Rednerliste“ zu.

Herr Siebel setzt sich dafür ein, angesichts der nicht gesicherten Finanzierung und der ungeklärten Frage bezüglich der Landesförderung über den Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses abzustimmen.

Herr Dr. Rohr erklärt, dass die Betriebskosten in Höhe von 70.000 DM für die Kom-plementäreinrichtungen auf der Basis der durchschnittlichen Kosten anderer Ob-jekte pro Quadratmeter ermittelt wurden. Er bittet, zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, um nicht Gefahr zu laufen, dass die Kindergartenkinder ab 01.08.2001 in andere Einrichtungen im Stadtgebiet gefahren werden müssen.

Herr Rujanski ist der Meinung, dass ein Beschluss entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses keinen Fortschritt in der Sache bewirkt. Das Projekt als solches ist für die SPD-Fraktion unbestritten. Es ist jedoch erforderlich, die Unzulänglichkeiten und Unwägbarkeiten im Finanzierungskonzept schrittweise abzuarbeiten.

Herr Baumeister verweist auf seine Stellungnahme in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2000, aus der resultiert, dass die Vorlage keine abschließende Entscheidungsgrundlage darstellt. Die Forderung eines seriösen Finanzierungskonzeptes ist aus seiner Sicht unumstößlich.

Beschluss (gem. Verwaltungsvorlage):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist,

- den städt. Eigenanteil für den investiven Bereich (Erwerb / Umbau) auf max. 1.500 TDM zu begrenzen.
- die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungen) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personalkosten) auf der Grundlage des Stellen- / Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

Beschluss (gem. Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und unter Berücksichtigung der Anregung der Stv Sintzen):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt grundsätzlich, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist ein schlüssiges Finanzierungskonzept,

u. a.

- den städt. Eigenanteil für den investiven Bereich (Erwerb / Umbau) auf max. 1.500 TDM zu begrenzen.
- die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungen) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personalkosten) auf der Grundlage des Stellen- / Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.
- offene Zuschussfragen zu klären.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Erwerb des Gebäudes vorzubereiten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (3 Stimmen dagegen, 24 Enthaltungen)

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt zur Finanzierung der laufenden Kosten des Gebäudes K 52 den Wegfall einer Controllerstelle.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (6 Stimmen dafür, 10 Enthaltungen)

10. Rat 28.06.2000

8. Musikschule der Stadt Siegen;

hier:

Änderung der Schul- und Entgeltordnung zum 01.08.2000

Vorlagenr. 449/00 und 449/00 A - Vorlagen vom 31.03. und 21.06.2000

Beschluss (mit Ergänzung gem. Vorlage Nr. 449/00 A):

Die Schul- und Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Siegen wird ab 01.08.2000 gemäß dem der Vorlage beiliegenden Entwurf geändert. Gleichzeitig tritt die Schulordnung vom 27.05.1992 und die Entgeltordnung vom 18.12.1996 außer Kraft.

Die Umrechnung der EURO-Beträge entfällt bis zur Einführung des EURO zum 01.01.2002. Die Teilnehmerentgelte werden bis dahin ausschließlich in DM aus-gewiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 3 Enthaltungen

10. Rat 28.06.2000

9. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 1999
- | | | |
|----|--|----------------------------|
| 1. | Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 1999 mit | Rechenschaftsbericht |
| 2. | Kenntnisnahme und Zustimmung zu den restlichen über- und | außerplanmäßigen Ausgaben |
| 3. | Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den | Rechnungsprüfungsausschuss |

Vorlagenr. 505/00 - Vorlage vom 23.05.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 1999 Kenntnis,
2. stimmt den restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 1999 zu bzw. nimmt davon Kenntnis und zwar

im Verwaltungshaushalt von	.4.028.539,75 DM
im Vermögenshaushalt von711.816,05 DM
3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungs- prüfungsausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Rat 28.06.2000

10. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe zur Sitzung am 27.06.2000;

hier:

Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2000

Vorlagenr. 506/00 - Vorlage vom 26.05.2000

Mit Hinweis auf § 31 GO NW verlässt Herr Zips den Sitzungsraum.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.06.2000, den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe für die Sitzung am 27.06.2000 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung)

10. Rat 28.06.2000

11. Außerordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 29. Juni 2000

hier:

Fusion der Unternehmen RWE AG, Essen, und VEW AG, Dortmund

Vorlagenr. 507/00 - Vorlage vom 30.05.2000

Fazit:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

10. Rat 28.06.2000

12. Vertretung der Stadt Siegen in der außerordentlichen Hauptversammlung der RWE AG am 29.06.2000

Vorlagenr. 523/00 - Vorlage vom 08.06.2000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht aus zeitlichen Gründen keine Notwendigkeit, die Dringlichkeitsentscheidung zu bestätigen und schlägt vor, Herrn Axel Boldt mit der Vertretung zu beauftragen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.06.2000. Herrn Stadtkämmerer Reinhold Baumeister zur Vertretung der Stadt Siegen in der außerordentlichen Hauptversammlung der RWE AG am 29.06.2000 zu bevollmächtigen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)

10. Rat 28.06.2000

**13. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes
II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“**

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
- Vorstellung der örtlichen Bauvorschriften

Vorlagenr. 478/00, 478/00 A und 478/00 B (als Tischvorlage ohne Nummerierung) - Vorlagen vom 24.04., 19.06. und 28.06.2000

Herr Boller kritisiert, dass entgegen der Aussage der Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.03.2000 der städtebauliche Vertrag nicht zeitgleich mit dem Satzungsbeschluss vorgelegt wurde. Bezug nehmend auf die Vorlage 478/00 A äußert er Bedenken, dass angesichts der in der letzten Sitzung des Rates dargelegten Rechtsauffassung hinsichtlich der Beteiligung der zuständigen Ausschüsse das Verfahren in diesem Punkt unproblematisch ist. Die Nachreichung der in der Tischvorlage dargestellten Stellungnahme ist aufgrund des verspäteten Eingangs nachvollziehbar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann dem Bebauungsplan aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

- keine inhaltlich Stellungnahme zum Denkmalschutz;
- keine Aussagen zur Verringerung der Verkehrsbelastung (z. B. Nachfahrverbot für LKW in der Achenbacher Straße)
- keine konkrete Festlegung der Art der zugelassenen Betriebe
- keine Berücksichtigung der Beschlüsse des Rates zum Klimabündnis und der Lokalen Agenda 21

Hinsichtlich der von Herrn Boller vorgebrachten Einwendungen verweist Herr Brune auf die in den vorberatenden Ausschüssen dargelegten Erläuterungen der Verwaltung.

Frau Nauck erklärt, dass ihre Bedenken hinsichtlich der Verkehrsbelastung im Verfahren nicht ausgeräumt wurden und sie sich daher der Stimme enthalten wird. Darüber hinaus werden keine konkreten Festlegungen zum Denkmalschutz getroffen.

Die CDU-Fraktion begrüßt die im Interesse der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklung liegende Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes, so Herr Mues. Er betont, dass nach wie vor ein Vollanschluss des Gebietes an den Autobahnzubringer anzustreben ist.

Frau Sintzen weist auf die Bedenken der Anwohner bezüglich der Ansiedlung von gefährstoffverarbeitenden Betrieben hin und bittet, diese im Einzelfall im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Herr Morgenschweis bringt vor, dass die Verkehrsanbindung seines Erachtens nicht zufriedenstellend gelöst ist. Die Vermarktung der Flächen durch die Projektgesellschaft ist unter dem Gleichheitsgrundsatz für ihn nicht akzeptabel. Er möchte wissen, wie eine Ansiedlung flächenintensiver Betriebe verhindert werden kann.

Die F.D.P.-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Walter, dass die Ausweisung des Gewerbegebietes für die Schaffung neuer Arbeitsplätze von großer Bedeutung ist, zumal die Realisierung des Industrie- und Gewerbegebietes auf dem ehemaligen Standortübungsplatz noch nicht geklärt ist. Ein Vollanschluss an den Autobahnzubringer sollte im Interesse einer schnellen Entwicklung des Gebietes mit Nachdruck verfolgt werden.

Vom Westfälischen Autobahnamt wurde mitgeteilt, so Herr Brune, dass die Realisierung eines Vollanschlusses unter den gegebenen Umständen negativ beurteilt wird. Verwaltungsseitig wird geprüft, welche Voraussetzungen für eine Umsetzung erforderlich sind. Die Nachreichung der Stellungnahme der Bezirksregierung stellt nach den gesetzlichen Vorgaben kein Hemmnis für einen Satzungsbeschluss dar, zumal die Anregungen und Hinweise in der Hauptvorlage bereits aufgegriffen wurden.

Herr Schneider macht deutlich, dass für die SPD-Fraktion die Schaffung neuer und der Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Ausweisung von Gewerbegebieten im Vordergrund steht. Er dankt der Verwaltung für die zügige Bearbeitung.

Herr Groß beantragt zur Geschäftsordnung, die Beschlussfassung auszusetzen, bis der städtebauliche Vertrag vorliegt.

Der Rat der Stadt Siegen lehnt den Antrag auf Vertagung mehrheitlich ab.

Beschluss:

a) entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Unter Ziffer 2.3 wird die Formulierung unter dem ersten Spiegelstrich „Im der Pflanzliste Sträucher/Hecken die Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei Fliederarten Syringa vulgaris und Syringa in Sorten“ gestrichen.

b) gemäß Vorlage Nr. 478/00 unter Berücksichtigung o. a. Änderung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:
 - Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
 - 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.
 - 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stellplätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.
 - 2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.

- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Altlasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließende Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplanänderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Baugebiete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nahversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes

Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:

- Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nachstehende Sortimentsliste für (SB)-Märkte (Nahversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für (SB)-Märkte (Nahversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für (S. B.)-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem. RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben - (Mbl. NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:

- 3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.

- 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
- Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNr 7-95 DN 100 DE.1) kommt.
- 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Ein-gang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vorbe-halte und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis ge-nommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Reduzie-rung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
- 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
- 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.
- 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebauungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.
- 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertus-weg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
- 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
- 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückgewiesen.
- 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heiden-berg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Bedenken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forderung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
- 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungs-bericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
 - 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;

- 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
- 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

c) gemäß Vorlage Nr. 478/00 A:

- 1.1 Über die Anregungen und Hinweise der Bezirksregierung Arnsberg wird wie folgt beschlossen:
 - 1.1.1 Die Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg vom 29.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
 - 1.1.2 Die Hinweise zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes bezüglich der Verwendung der Planzeichen GE, MI und SO für die Darstellung der Baugebiete und die Aufnahme der Sortimentsliste in den Erläuterungsbericht sind bereits durch den Beschlussvorschlag Nr. 1.2.8 der Verwaltungsvorlage Nr. 478/00 vom 24.05.2000 berücksichtigt.

- 1.1.3 Dem Hinweis bezüglich der Darstellung des Sondergebietes der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes wird entsprochen. Die Darstellung des Sondergebietes wird wie nachstehend redaktionell angepasst:

➤ Sondergebiet

SB-Markt Nahversorgung mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.200
qm / Dienstleistung / Wohnen

- 1.1.4 In der Legende des Bebauungsplanes Nr. 298 wird die Festsetzung für das Mischgebiet (MI) bezüglich des Ausschlusses von Tankstellen um den Hinweis auf die Rechtsgrundlage (§ 6 Abs. 2 Nr. 7 BauNVO) redaktionell ergänzt.

- 1.1.5 Der Forderung der Bezirksregierung, in dem Sondergebiet die Nutzungsart „Einzelhandelsbetriebe“ zu streichen, wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gem. § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte TRäger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird Folgendes ergänzt:

➤ Bei der Festsetzung „Sondergebiet“ (SO) wird im Text, dritter Abschnitt, die zulässige Nutzungsart „Einzelhandelsbetrieb“ gestrichen.

- 1.1.6 An der Festsetzung im Bebauungsplan Nr. 298, dass im Sondergebiet (SO) Tankstellen unzulässig sind, wird festgehalten, um diese Planungsintention zu verdeutlichen.

- 1.1.7 Die Festsetzung im Gewerbegebiet GE_{1W} des Bebauungsplanes Nr. 298 bezüglich des Bestandsschutzes für die vorhandenen Wohnhäuser (gem. § 1 Abs. 10 BauNVO) wird wie folgt neu formuliert:

➤ Gemäß § 1 Abs. 10 BauNVO sind Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen der vorhandenen Wohngebäude allgemein zulässig.

- 1.1.8 Die Festsetzung für die maximale Gebäudehöhe (GH) über dem geplanten Gelände im Bebauungsplan Nr. 298 wird beibehalten. Ein Bezugspunkt wird nicht festgesetzt, sondern die Geländeoberfläche als Bezugsebene wird im Baugenehmigungsverfahren ge. § 2 Abs. 4 BauONW festgelegt.

In Absatz 1 der Festlegung wird die Rechtsgrundlage § 16 Abs. 3 BauONW wie nachstehend redaktionell richtig gestellt:

- § 16 Abs. 4 BauONW

- 1.1.9 In der Legende (Punkt 5) des Bebauungsplanes Nr. 298 wird unter der Festsetzung „Straßenbegrenzungslinie“ der Text „Durch den Straßenbau entstehende Böschungen und die Rückenstützen für die Einfassung der Gehwege (ca 10 cm) sind auf den Privatgrundstücken zu tolerieren (§ 9 Abs. 1 Nr. 28 BauGB)“ gestrichen.

Unter der Festsetzung „Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind“ wird als redaktionelle Änderung nach dem Wort „Abgrabungen“ nachstehender Text eingefügt:

- sowie die Anlegung von Betonrückenstützen der Bordsteine (äußere Begrenzung der Straßen und Wege) - §

- 1.2 Über die Anregungen des Berghotels Johanneshöhe wird wie folgt beschlossen:

- 1.2.1 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.

Den Anregungen des Berghotels Johanneshöhe wird nur innerhalb des Bebauungsplanes Nr. 298 durch eine die Grundsätze der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung gem. § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der der Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird Folgendes geändert:

- Auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe wird im nördlichen Bereich (Parkplatzfläche) die überbaubare Fläche weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert.

Die vom Berghotel Johanneshöhe angeregte Einbeziehung von angrenzenden, aber außerhalb des Bebauungsplanes Nr. 298 liegenden Waldflächen als überbaubare Grundstücksfläche wird nicht berücksichtigt.

- d) gemäß Vorlage Nr. 478/00 B (als Tischvorlage ohne Nummerierung)

- 1.1 Das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Landschaftspflege wird zur Kenntnis genommen.

- 1.2 Die Forderung, auf dem Heidenberg einen Erholungsraum für Mensch und Tier unter Erhaltung und Weiterentwicklung des vorhandenen Baumbestandes zu schaffen, wird zurückgewiesen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(5 Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. Stv
Morgenschweis, 1 Enthaltung F.D.P.)

10. Rat 28.06.2000

14. Änderung des Wirtschaftsplanes 2000

Vorlagenr. 510/00 - Vorlage vom 06.06.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung des Wirtschaftsplanes 2000 entsprechend den Anlagen 1 und 2 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltungen

10. Rat 28.06.2000

15. Ausschussneubesetzungen

15.1 Ausschussneubesetzung - Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 524/00 - Vorlage vom 13.06.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Erhard Mengel als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

10. Rat 28.06.2000

15.2 Ausschussumbesetzung - Bauausschuss

Vorlagenr. 539/00 - Vorlage vom 27.06.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Horst Hellmann (s. B., SPD) als ordentliches und Herrn Wolfgang Imhof (s. B., SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

10. Rat 28.06.2000